

**Betr.: Minijobs nicht dem Mindestlohn unterwerfen**

1 Die FDP bekräftigt ihre Feststellung,

2 1. dass die Festlegung von Löhnen Sache der Bürger, der Unternehmen  
3 sowie der Tarifparteien bleiben soll und eine staatliche Regulierung gegen  
4 das Prinzip der in Deutschland bewährten Tarifautonomie verstößt.

5 2. dass der flächendeckende Mindestlohn ein Jobkiller und abzulehnen ist.

6 3. dass insbesondere bei Minijobs ein unzumutbarer bürokratischer Aufwand  
7 ausgelöst wird.

8 Zudem stellt die FDP fest, dass es absurd ist, bei Minijobs den Mindestlohn auf  
9 n e t t o € 8,50 pro Stunde festzulegen. Dies führt dazu, dass der Arbeitgeber  
10 für Minijobs eine Brutto-Belastung von € 11,05 pro Stunde hat. Dies führt weiter  
11 dazu, dass ein Minijobber maximal noch 52,9 Stunden im Monat arbeiten darf.

12 Ein normaler Arbeitnehmer mit Steuerklasse 1 und 40-Stunden-Woche mit dem  
13 vorgeschriebenen Mindestlohn von brutto € 8,50/h kostet den Arbeitgeber etwa  
14 10,15 pro Stunde und bekommt nur € 6,24 auf die Hand.

15 Diese neue Regelung wird zwangsweise zur Beendigung vieler geringfügiger  
16 Beschäftigungsverhältnisse führen, mit negativen Folgen für die Beschäftigten  
17 und die Wirtschaft.

18 Die FDP fordert daher die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse vom  
19 Mindestlohn auszunehmen.

